

# Neue Asylbewerber in alter Schule

## Stadt baut Gebäude in Bernhardswinden um

**ANSBACH (fri) – Angesichts des nicht abreißenden Stroms von Flüchtlingen werden von der Regierung auch der Stadt wieder zusätzliche Asylbewerber zur Unterbringung zugewiesen. Zehn Personen sollten ursprünglich bereits am morgigen Freitag kommen, weitere 15 sind bis zum Jahresende angekündigt. Weil alle vorhandenen Unterkünfte belegt sind, hat man sich entschieden, die Neuankömmlinge in der im Eigentum der Stadt befindlichen früheren Schule von Bernhardswinden unterzubringen.**

In einer Pressemitteilung hat jetzt Oberbürgermeisterin Carda Seidel die Ansbacher, besonders aber die Nachbarn des Gebäudes in Bernhardswinden, um „Verständnis und Solidarität für die neu ankommenden Familien“ gebeten. Die Erwachsenen und ihre Kinder kämen zum Teil aus Krisengebieten und hätten dramatische Schicksale hinter sich. Deshalb sollte den Neuankömmlingen mit Offenheit und Hilfsbereitschaft begegnet werden, appelliert die OB an die Ansbacher.

Seitens der Regierung sei zugesichert worden, dass der Stadt nur Familien als zusätzliche Asylbewerber zugewiesen würden, sagte der zuständige Referatsleiter, Holger Nießlein der FLZ. Entgegenkommen habe die Regierung auch beim Datum der Zuweisung gezeigt. Waren die ersten zehn Flüchtlinge zunächst bereits für den morgigen Freitag angekündigt, so habe man nun zugesagt, die Gruppe erst eine Woche später nach Ansbach zu schicken.

Damit reiche die Zeit nun doch noch aus, um an dem früheren Schulgebäude, das zuletzt als Lager für Materialien der Feuerwehr genutzt wurde, die notwendigen Um- und Ausbauten, etwa der Sanitäreinrichtungen, vorzunehmen, sagte Nießlein. Gleichwohl sei die First, die die Regierung den Kommunen für die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten lasse, einfach zu kurz, um zunächst nach Immobilien zu suchen, die für eine Asylbewerberunterkunft besser geeignet seien, und dann auch noch die meist notwendigen Umbauten vorzunehmen.

Geeignete Gebäude nur schwer zu finden

So habe man auch diesmal zunächst versucht, private Objekte zu finden, die vom Raumzuschnitt und einer zentraleren Lage in Ansbach die bessere Alternative gewesen wären als das Schulhaus in dem kleinen, etwas abgelegenen Ortsteil. Zwar gebe es eine Reihe leer stehender und anmietbarer Objekte in Ansbach. Doch die Prüfung auf Eignung als Asylbewerberunterkunft dauere. Dabei gehe es um den Raumzuschnitt und, falls der nicht passe, um die Möglichkeit und die Kosten nötiger Umbauten. Nicht immer sei auch das Umfeld geeignet: So habe man diesmal zwei zunächst angebotene Objekte näher unter die Lupe genommen, aus denen dann doch nichts wurde. In einem Fall sei der Vermieter plötzlich abgesprungen, im anderen Fall erheblicher Widerstand aus der Nachbarschaft deutlich geworden.

Vor diesem Hintergrund liege eine Entscheidung für ein stadteigenes Gebäude nahe, wie im vergangenen Jahr für die Obereichenbacher und nun die Bernhardswindener Schule, sagte Nießlein. Gleichwohl wolle man sich nun vorbeugend eine Übersicht

über weitere anmietbare Objekte verschaffen, um nicht erneut von zusätzlichen Zuweisungen von Asylbewerbern überrascht zu werden.

Immer sei mit deren Unterbringung ja auch noch eine Fülle von organisatorischer Arbeit verbunden, die die Stadtverwaltung so nebenbei zu erledigen habe. So müsse für Bernhardswinden – „Wir können die Leute da draußen ja nicht völlig alleine lassen“ – eine Betreuung und für die Immobilie ein Hausmeister gefunden werden. Beides sei inzwischen geschehen.

Die Personalkosten für den Hausmeister stellten im Übrigen den einzigen Kostenfaktor dar, den die Stadt selbst zu tragen habe. Der gesamte weitere Aufwand etwa für die Betreuung oder für Investitionen in Umbauten werde von der Regierung übernommen.

Derzeit sind in Ansbach in der mittlerweile vollbelegten Schule in Obereichenbach 55 und in einer weiteren Unterkunft in der Naglerstraße 30 Asylbewerber untergebracht. Weil letztgenannte Unterkunft durch einen Neubau auf eine Kapazität von 110 Personen vergrößert werden soll und in Obereichenbach weiter konstant 55 Menschen untergebracht sind, sowie bis zum Jahresende die 25 Flüchtlinge in Bernhardswinden dazu kommen, beherbergt Ansbach dann bis zu 190 Asylbewerber; fast so viel wie das zweieinhalb Mal so große Fürth. Er sehe deshalb zunächst einmal andere Gebietskörperschaften in der Pflicht, sagte Nießlein, wenn die Regierung wieder zusätzliche Kontingente verteilen wolle.

Fränkische Landeszeitung 14. November 2013